



Sitzungsniederschrift

Gremium : **Ausschuss für Schule, Kultur und Sport**

Sitzungsort : **59302 Oelde, Großer Ratssaal**

Sitzungstag : **Dienstag, 01.04.2014**

Sitzungsbeginn : **17:30 Uhr**

Sitzungsende : **19:50 Uhr**

Vorsitz

Frau Barbara Köß

Teilnehmer

Herr Edmund Dalecki

Herr André Drinkuth

Herr Ernst-Rainer Fust

Herr Alfons Grünebaum

Herr Franz-Josef Grünebaum

Bis 19:40 Uhr

Herr Daniel Hagemeier

Herr Peter Hellweg

Herr Friedhelm Hoberg

Frau Hildegard Hödl

Herr Michael Hütig

Herr Dr. Thomas Kröger

Bis 19:40 Uhr

Herr Holger Meyer

Bis 19:00 Uhr

Herr Hubert Meyering

Frau Dr. Claudia Preckel

Herr Alexander Ringbeck

Bis 19:20 Uhr

Herr Oliver Seifert

Herr Wolf-Rüdiger Soldat

Herr Thomas Spliethoff

Frau Manuela Steuer

Herr Michael Vennebusch

Herr Patrick Wesemann

Verwaltung

Herr Michael Jathe
Herr Andreas Langer
Herr Frank Siemer

Schriftführerin

Frau Michelle Zielke

es fehlten entschuldigt:

Teilnehmer

Herr Heinz Fröhleke
Herr Franz-Josef Neyer
Herr Rolf Robens

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung

Seite:

1. Einwohnerfragestunde
2. Befangenheitserklärungen
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.03.2014
4. Anmeldezahlen an den Grundschulen und Weiterführenden Schulen
Vorlage: M 2014/400/2968
5. Räumliche Schulentwicklungsplanung
Vorlage: B 2014/400/2969
6. Verschiedenes
 - 6.1. Mitteilungen der Verwaltung
 - 6.2. Anfragen an die Verwaltung

Frau Köß begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die erschienenen Bürger, den Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung und besonders Herrn Michael Jütte, den Schulleiter der Gesamtschule.

Sie stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde. Anregungen zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

2. Befangenheitserklärungen

Es erklärt sich niemand zu einem Tagesordnungspunkt für befangen.

3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.03.2014

Herr Fust bittet darum, zukünftig im Protokoll die Beiträge aller Fraktionen in gleichem Maße zu berücksichtigen. Das ausdrückliche Lob von Herrn Seifert an die Verwaltung bezüglich der Ausarbeitung der Varianten habe sich nicht wiedergefunden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport genehmigt einstimmig bei einer Enthaltung die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 13.03.2014.

4. Anmeldezahlen an den Grundschulen und Weiterführenden Schulen Vorlage: M 2014/400/2968

Im November 2013 und Februar 2014 haben die Anmeldeverfahren für das Schuljahr 2014/2015 für die Oelder Grundschulen sowie für die Gesamtschule und das Thomas-Morus-Gymnasium stattgefunden.

Danach verteilen sich die SchülerInnen wie folgt auf die Oelder Grundschulen:

Grundschule	Anmeldezahl
Von-Ketteler-Schule Oelde	59
<i>(Standort Oelde</i>	36)
<i>(Standort Lette</i>	23)
Edith-Stein-Schule	56
Overbergschule	70

Albert-Schweitzer-Schule	43
Lambertus-Schule	40
Gesamt	268

Die Anmeldungen an den Weiterführenden Schulen haben zu folgender Verteilung der SchülerInnen geführt:

Schule	Anmeldezahl
Gesamtschule Oelde	187
Thomas-Morus-Gymnasium	84
Sekundarschule Wadersloh	12
Johanneum Wadersloh	25
Gesamt	308

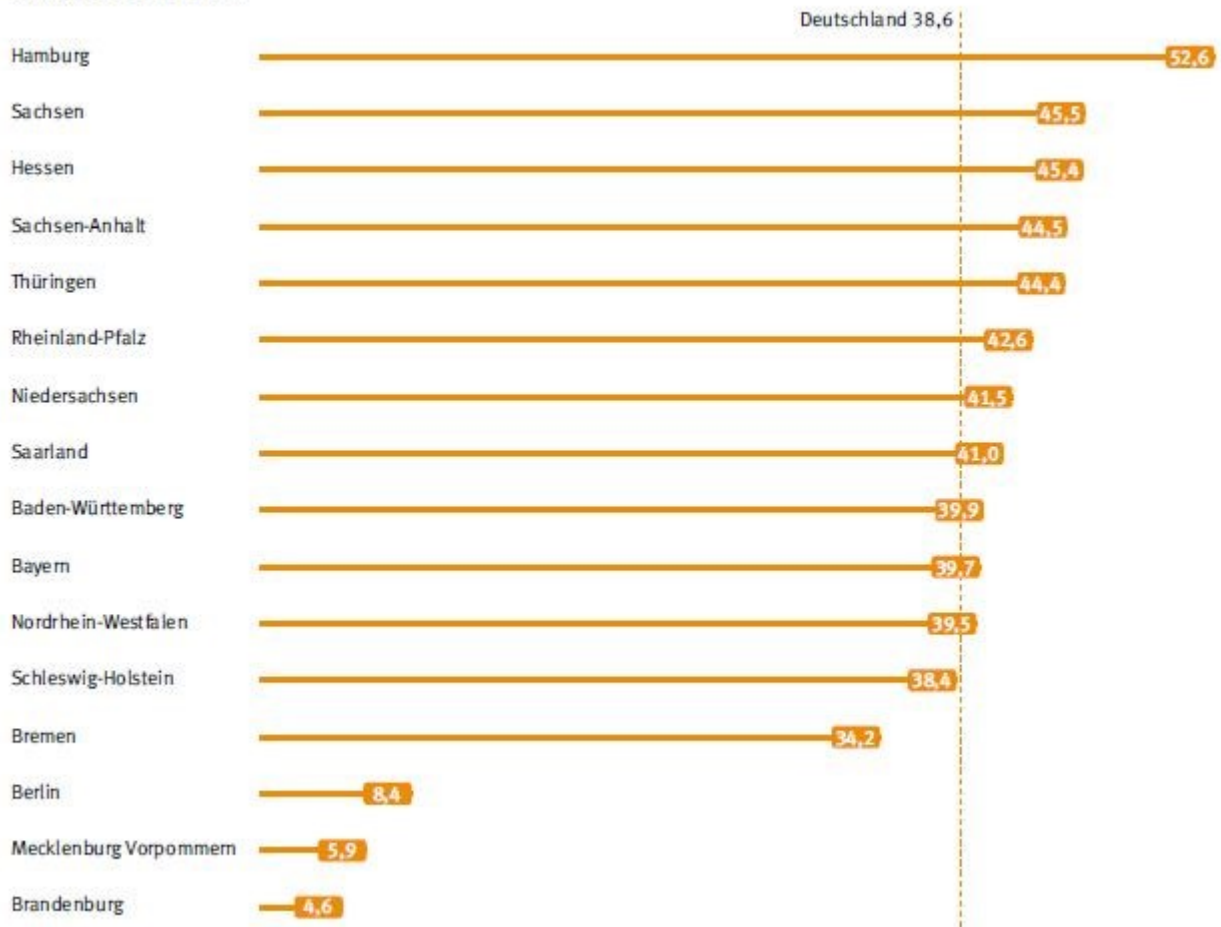
Frau Zielke und Herr Siemer erläutern anhand beigefügter Präsentation die Anmeldezahlen.

Herr Fust bittet im Anschluss darum, zum Vergleich Landestatistiken zu den Übergangsquoten dem Protokoll beizufügen.

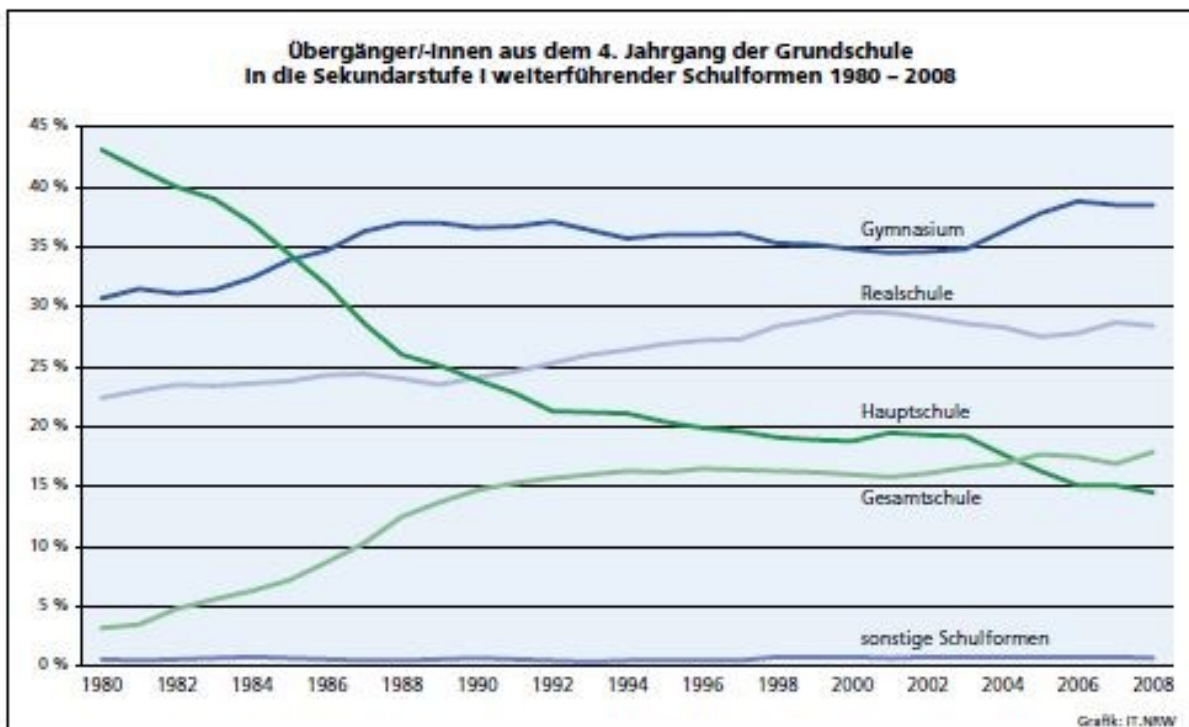
Hierzu konnte folgende Statistiken gefunden werden:

Übergangsquote von Grundschulen in die 5. Klassenstufe von Gymnasien

Schuljahr 2010/2011, in %



Quelle: Statistisches Bundesamt



Quelle: IT.NRW

Tatsächliche Übergangsquoten zum Gymnasium im Vergleich:

	2012/2013	2011/2012	2010/2011
Land NRW	43,1%	40,0%	38,5%
Kreis WAF	38,4%	39,7%	36,1%
Stadt Oelde	40,1%	41,1%	40,5%

Quelle: IT.NRW und eigene Daten, aktuellere Daten liegen für Land und Kreis nicht vor

Zum Empfehlungsverhalten von Grundschulen konnten keine Daten gefunden werden.

Auf die Nachfrage von Herrn Hoberg, an welche Schulen die an der Edith-Stein-Schule abgelehnten 12 Kinder ausgewichen sind, berichtet Frau Zielke, dass diese weit überwiegend die Albert-Schweitzer-Schule und in Einzelfällen die Von-Ketteler-Schule gewählt haben.

Auf die weitere Nachfrage, wie viele Kinder aus Sünninghausen an der Lambertus-Schule angemeldet wurden, wird nunmehr mit dem Protokoll mitgeteilt, dass dies 13 Kinder sind.

Herr Soldat hinterfragt, ob es wirklich ein Erfolg sei, dass 86% der Oelder Kinder eine weiterführende Schule in Oelde besuchen. Es seien immerhin 37 Schülerinnen und Schüler, die nicht in Oelde bleiben. Außerdem hätten nur 4 auswärtige Kinder eine Oelder Schule gewählt.

Herr Drinkuth erkundigt sich danach, wie denn diese Quote vor Gründung der Gesamtschule war. Her Siemer teilt mit, dass diese Quote zuletzt bei 74% lag.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport nimmt Kenntnis.

5. Räumliche Schulentwicklungsplanung
Vorlage: B 2014/400/2969

In seiner Sitzung am 26.11.2012 hat der Rat der Stadt Oelde die Gründung der Städtischen Gesamtschule beschlossen. Nach erfolgter Genehmigung durch die Bezirksregierung Münster hat die Schule mit Beginn des Schuljahres 2013/2014 ihren Betrieb aufgenommen.

Zur räumlichen Unterbringung hat der Rat der Stadt Oelde in o.a. Sitzung Folgendes beschlossen:

Die Gesamtschule wird in den bisherigen Räumlichkeiten der Theodor-Heuss-Schule, der Realschule und der Lerninsel der Realschule untergebracht. Bis zum Auslaufen der Hauptschule und der Realschule werden die Räumlichkeiten gemeinsam genutzt.

Die Stadt Oelde wird die notwendigen räumlichen Voraussetzungen zur Unterbringung der Gesamtschule und in den kommenden fünf Jahren zur Unterbringung der Haupt- und Realschule schaffen. Die entsprechenden Haushaltsmittel für Umbau- und Renovierungsmaßnahmen sowie für die Ausstattung in den jeweiligen Haushaltsjahren, beginnend ab dem Haushaltsjahr 2013, werden bereitgestellt. Evtl. notwendige Investitionsmittel werden in den jeweiligen Haushaltsjahren entsprechend veranschlagt.“

(...)

„Ob ab dem Schuljahr 2019/2020, mit Eintritt der Gesamtschule in die gymnasiale Oberstufe, das Schulraumangebot im Umfeld der bestehenden Schulen erweitert werden muss, ist spätestens 2017 zu prüfen. Bis zu diesem Zeitpunkt liegen genauere Daten über die Entwicklung der Gesamtschule, des Gymnasiums und der Grundschulentwicklung vor. Weiterhin können dann die Geburtenentwicklungszahlen für weitere fünf Jahre einbezogen werden“

Dies – also die Unterbringung mindestens der Sekundarstufe I im Bestand – ist derzeitige Beschlusslage und Handlungsrahmen für das Vorgehen der Verwaltung.

Nachdem aus Reihen der Politik die Bitte geäußert wurde, ein Konzept zur zukünftigen Nutzung der Schulgebäude zu entwickeln, hat Herr Bürgermeister Knop in der Sitzung des Rates am 17.02.2014 das weitere Vorgehen vorgestellt:

„Zwischenzeitlich hat sich eine hausinterne Arbeitsgruppe konstituiert, deren Leitung Herrn Siemer als Fachdienstleiter im Bereich Schule übertragen wurde. Diese hat in der vergangenen Woche erstmals getagt.

Die Arbeitsgruppe erarbeitet derzeit sieben Varianten, wobei das Gebäudekonzept den gesamten Bildungsbereich (auch VHS) berücksichtigen soll. Eine singuläre Betrachtung nur der Gesamtschule scheint hier nicht zielführend.

Die Varianten sollen in einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr sowie Schule, Kultur und Sport am 13. März 2014 vorgestellt werden.

Im Anschluss sollen die Varianten in getrennten Sitzungen des Schulausschusses am 27. März 2014 sowie im Ausschuss für Planung und Verkehr am 9. April 2014 erörtert und beraten werden.

Um ausreichend Planungssicherheit zu erhalten, soll eine abschließende Entscheidung bzw. die Variantenauswahl möglichst in der Ratssitzung am 28. April 2014 getroffen werden.“

Die gemeinsame Sitzung der Ausschüsse für Schule, Kultur und Sport und für Planung und Verkehr hat am 13.03.2014 stattgefunden.

Im Rahmen dieser Sitzung hat zunächst eine Ortsbegehung im Schulzentrum stattgefunden, bei der Wegeverbindungen und Entfernungen deutlich gemacht sowie die einzelnen Gebäude und Gebäudeteile gezeigt wurden.

In der Sitzung sind dann durch die Verwaltung Varianten zur räumlichen Unterbringung, deren Auswirkungen auf den städtischen Haushalt sowie aktuelle Schulentwicklungsdaten vorgestellt worden. Hierzu haben alle Ausschussmitglieder ein entsprechendes Handout mit Erläuterungen erhalten.

In der heutigen Sitzung werden Varianten nun inhaltlich und fachlich beraten und diskutiert.

Herr Siemer verdeutlicht anhand eines Vergleichs mit Leitlinien der Stadt Paderborn Bedarfe und vorhandene Raumkapazitäten. Die entsprechende Präsentation ist als Anlage beigefügt.

Herr F.-J. Grünebaum erkundigt sich danach, warum für Paderborn SEK I und SEK II und für Oelde nur die SEK I einbezogen sind.

Herr Siemer erläutert, dass die Raumkapazitäten an den Oelder Standorten schon jetzt auch für eine SEK II ausreichen. Dies würde anhand der Überhänge deutlich. Die ausgewiesenen Fehlbedarfe betreffen insbesondere den Zeitraum ab 2019, wenn die SEK II einläuft.

Herr Seifert gibt zu bedenken, dass die Verteilung auf zwei Standorte und der damit einhergehende Raummehrbedarf zu beachten ist.

Herr Siemer bestätigt, dass dies berücksichtigt wurde; insbesondere im Verwaltungsbereich müssen zusätzliche Raumkapazitäten zur Verfügung gestellt werden.

Herr Ringbeck erkundigt sich danach, warum von einer sechszügigen SEK I für Oelde ausgegangen werde. Im laufenden Schuljahr sei die Gesamtschule siebenzünftig.

Herr Siemer erklärt, dass die Schule zunächst sechszügig genehmigt ist. Übergangsweise für 1-2 Jahre ist sie siebenzünftig, um dann voraussichtlich auf fünf Züge zurückzugehen.

Herr Hoberg vertritt die Auffassung, dass man vor dem Hintergrund der Demographie auch das Gebäude des TMG hätte einbeziehen müssen. 2019 sei man bei einer Schülerzahl, die für beide weiterführenden Schulen zusammen maximal sieben Züge bedeuteten.

Im Anschluss erläutert Herr Siemer, welche Modifizierungen die Variante 1a nach den Gesprächen mit dem Schulleiter erfahren hat. Dies bezieht sich vor allem auf das Vorhalten aller Fachräume an beiden Standorten, um Schülerströme zwischen den Gebäuden am Vormittag zu verhindern.

Herr Dalecki erklärt den Aufbau einer Gesamtschule mit ihren Abteilungen, die immer 2 Jahrgänge umfassen und eigene Abteilungsleiter haben. Bei einer Lösung mit zwei Standorten und einer Trennung nach Klasse 7 müsse der Abteilungsleiter für die Jahrgangsstufen 7 und 8 zwischen beiden Standorten pendeln.

Herr Seifert weist darauf hin, dass in der Planung das Büro des Leiters der SEK II sowie ein Berufsorientierungsbüro fehle.

Herr Soldat vertritt die Auffassung, dass das Lehrerzimmer am Standort Realschule zu klein sei, woraufhin Herr Siemer deutlich macht, dass dieses Lehrerzimmer klar den Raumbedarfen entspreche.

Frau Hödl erkundigt sich nach der Meinung Herrn Jüttes zu dieser Problematik.

Herr Jütte macht deutlich, dass die Trennung nach Klasse 7 sicher ein Nachteil sei, der aber aus Sicht der Schule vertretbar ist und nicht zur Funktionsunfähigkeit einer Schule führe. Dass ein solches Modell funktionieren könne, zeigten viele Beispiele in anderen Kommunen.

Herr Jathe ergänzt, dass die Organisationsstrukturen eine Herausforderung an die Schulleitung sind und dass es hierzu keine Vorschriften für den Schulträger gebe.

Herr Fust erkundigt sich danach, ob es – bei zwei Lehrerzimmern an den beiden Standorten – einen geeigneten Ort für Gesamtkonferenzen gebe.

Herr Siemer erklärt, dass in solch großen Systemen Gesamtkonferenzen üblicherweise in der Aula oder in der Mensa stattfinden. Herr Dr. Kröger bestätigt dies auch für das TMG.

Herr Fust meint, die Aula der Realschule sei hierfür aus schalltechnischen Gründen nicht geeignet.

Herr Hoberg erkundigt sich danach, ob die Einrichtung der Schulküche nicht auch in der Lerninsel im Zusammenhang mit der Mensa möglich sei.

Herr Siemer vertritt die Auffassung, dass dies kaum möglich sei. Zum einen sei die Lerninsel für andere Zwecke, die nicht den eigentlichen Unterricht betreffen, vorgesehen. Zum anderen sei eine Schulküche mit einer sehr komplexen Cook&Chill Küche nicht kombinierbar.

Frau Steuer stellt die Frage, ob man angesichts vermutlich anstehender Kooperationen der Oberstufen von Gesamtschule und TMG nicht jetzt zu viele Räume schaffe.

Dann nimmt Herr Jütte als Schulleiter der Gesamtschule zur Raumplanung Stellung:

Er erklärt, dass für ihn mit Beginn seiner Tätigkeit als Schulleiter der Gesamtschule die Lösung mit zwei Standorten gesetzt war und er sich daher in erster Linie mit dem Gebäude der Theodor-Heuss-Schule beschäftigt habe, dass die Gesamtschule bereits in diesem Sommer nutzen wird.

Ende 2013 habe sich dann jedoch aus dem politischen Raum angedeutet, dass es eventuell doch eine andere Lösung geben könne.

Es sei klar, dass kein Schulgebäude in Oelde alleine den Anforderungen an eine sechszügige Gesamtschule genüge.

Es seien nun Varianten vorgestellt worden, die teilweise erhebliche Investitionen erfordern oder aber auch den Umzug oder die Auflösung einer anderen Schule.

Er als Schulleiter werde in keinen Fall etwas fordern, was den Schulträger finanziell zu sehr belaste oder gar etwas fordern, was die Auflösung einer anderen Schule bedeute.

Für ihn gehe es nicht darum, zu beurteilen, was wünschenswert ist, sondern darum, was vertretbar ist.

Eine Lösung mit zwei Standorten ist vertretbar; die auftretenden Probleme seien beherrschbar.

Ein zentrales Anliegen der Schule sei es, Schülerströme zwischen den Gebäuden zu verhindern und dies sei durch die jetzt erfolgten Modifizierungen gewährleistet.

Herr Fust stellt klar, dass die SPD nie einen kompletten Neubau gefordert habe. Die entsprechende Behauptung der FDP sei falsch. Die SPD wolle vielmehr eine Ein-Standort-Lösung im Bestand und man sei sich auch sicher, dass diese günstiger sein könne, als die von der Verwaltung vorgestellte Variante

4, wenn man z.B. auf die Sportstätten verzichte.

Die Gesamtschule werde die Schule für die meisten Schüler in Oelde sein, und daher wolle man – wenn schon nicht die beste – dann die bessere Lösung.

Herr Hoberg erkundigt sich danach, ob es nicht besser sei, räumlich erst nach Klasse 8 zu trennen. Zudem erkundigt er sich nach Art und Umfang des Hauswirtschaftsunterrichts an einer Gesamtschule.

Herr Jütte erklärt dazu, dass aus seiner Sicht aktuell eine Unterbringung der Klasse 5-8 im Gebäude der Theodor-Heuss-Schule nicht möglich sei.

Zur Hauswirtschaft berichtet er, dass diese ein Bestandteil der Arbeitslehre ist, die für die Jahrgänge 5-7 ein Wahlpflichtfach und für die Jahrgänge 8-10 ein Pflichtfach ist. Das Fach Arbeitslehre besteht aus den Bereichen Technik, Wirtschaftslehre und Hauswirtschaft.

Herr Meyer erkundigt sich nach den Chancen, die eine Lösung mit zwei Standorten auch bieten kann.

Herr Jütte nennt hierzu als Beispiel die Trennung von Schülergruppen unterschiedlicher Altersstufen sowie die Nutzung jeweils eigener Schulhöfe.

Im Anschluss verdeutlicht Herr Langer vom Fachdienst Gebäudemanagement die Grundlagen der Kostenkalkulationen für die vorgestellten Varianten.

Herr Hütig macht daraufhin deutlich, dass die SPD nicht die Variante 4 in Reinform favorisiere, z.B. solle die Lerninsel so bleiben, wie sie ist. Es gebe auch andere denkbare Möglichkeiten.

Auf Nachfrage von Frau Steuer erklärt Herr Langer die Kostenkalkulationen auf Seite 9 des Handouts aus der letzten Sitzung.

Frau Steuer zweifelt an, dass 150 EURO/m² für den Umbau von Räumen realistisch sind. Herr Langer erklärt, dass es sich hier zum einen um Erfahrungs- und zum anderen um Durchschnittswerte handelt. Die Klassenräume seien in sehr unterschiedlichem Zustand. Grundsätzlich gehe man davon aus, dass Beleuchtung, Decke und Fußboden ausgetauscht und die Wände gestrichen werden. So erfolgt derzeit bereits die Sanierung von Klassenräumen z.B. in der Realschule.

Frau Hödl sagt, dass die FDP eine Lösung unter Einbeziehung der Albert-Schweitzer-Schule nicht mittragen werde; vor allem vor dem Hintergrund, dass das Gebäude gerade umgebaut worden sei. Sie fragt außerdem an, von welchen Klassen ein Neubau für die Naturwissenschaften genutzt werden wird.

Herr Siemer erklärt, dass dies die Klassen 8-13 sein werden; darüber hinaus auch noch die auslaufenden Klassen der Realschule.

Auf die Nachfrage von Herrn Meyering bestätigt Herr Langer, dass bei der Kalkulation für Variante 4 eine Sonderabschreibung für den Abriss des Altbaus der Realschule nicht berücksichtigt sei. Man habe hier nur die reinen Investitionen einbezogen.

Herr Jathe bestätigt, dass Abschreibungskosten für den vorhandenen Gebäudebestand in jedem Fall entstehen, entweder über die Restnutzungsdauer verteilt oder einmalig bei Abriss.

Herr Hoberg kritisiert, dass alle Annahmen auf einer sechszügigen Gesamtschule beruhen, dies sei aber angesichts einer mittelfristig zu erwartenden Fünfzügigkeit nicht realistisch.

Herr Langer und Herr Jathe führen aus, dass die Schule aktuell sechs- bis siebenzünftig ist und man dementsprechend derzeit planen muss. Es handele sich hierbei naturgemäß um Schätzungen, die die

Varianten vergleichbar machen sollen. Mit Ausnahme eines Neubaus müsse und werde man Zug um Zug die tatsächlichen Entwicklungen berücksichtigen können; das sei auch der Vorteil der Bestandsvarianten.

Herr Soldat erkundigt sich, wie viel teurer die Variante 1a nach der Modifizierung nun werde.

Herr Langer verdeutlicht nochmal, dass die Summe trotz Modifikation unverändert bleibe.

Im Ergebnis einer dann folgenden Diskussion um Abschreibungen bleibt festzuhalten, dass der Restwert des Altbaus der Realschule sich auf 1,6 Millionen EURO beläuft, der linear noch über etwa 30 Jahre abgeschrieben wird.

Die Frage von Frau Steuer, ob der Altbau der Realschule sanierungswürdig ist, wird von Herrn Langer bejaht, auch wenn Altbausanierungen immer Überraschungen bieten und energetisch einiges getan werden müsse.

Unter Verweis auf den Abriss der Erich-Kästner-Schule hält Herr Hütig die Frage nach der Sanierungswürdigkeit durchaus für gerechtfertigt.

Herr Langer verweist auf die besonderen Anforderungen an eine Schule für Körperbehinderte und betont nochmals, dass er die Sanierung des Altbaus der Realschule für sinnvoll hält.

Vor den abschließenden Statements bittet Herr F.-J. Grünebaum die Fraktionen darum, auch zur Albert-Schweitzer-Schule Position zu beziehen.

Die Fraktionen verständigen sich dann darauf, dass heute keine Beschlussempfehlung für den Rat gegeben werden soll.

Herr Hagemeier trägt dann für die CDU vor:

Er bedankt sich für den Dialog mit der Verwaltung und mit Herrn Jütte. Er macht deutlich, dass für die CDU folgende Aspekte wichtig bei der Abwägung waren:

- Die Zahl der Viertklässler sinkt von 300 (2014) auf 219 (2019)
- Die Organisation des Alltags der Gesamtschule
- Die Albert-Schweitzer-Schule
- Die Oberstufensituation
- Die Haushaltslage der Stadt Oelde

Auf Grundlage dieser Aspekte spreche sich die CDU für eine Lösung im Bestand aus. Sie spreche sich auch für den Erhalt der Albert-Schweitzer-Schule aus.

Dementsprechend plädiere die Fraktion für die modifizierte Variante 1a. Sie sei umsetzbar, finanziell optimal und gut für den Schulalltag.

Frau Hödl spricht für die FDP:

Sie bedankt sich bei Herrn Jütte und bei der Verwaltung. Die FDP werde in den nächsten Wochen noch weiter beraten, dennoch sei absehbar, dass ihre Fraktion sich für die modifizierte Variante 1a aussprechen werde.

Die FDP spreche sich für den Erhalt der Albert-Schweitzer-Schule aus.

Heute müsse man nicht über die SEK II entscheiden; dies sei dem neuen Rat vorbehalten.

Herr Soldat erklärt für die FWG:

Die FWG will die Albert-Schweitzer-Schule nicht gefährden.

Auch die FWG wird sich noch beraten; die Tendenz gehe aber zur Variante 1a.

Herr Ringbeck nimmt für Bündnis 90/Die Grünen Stellung:

Die Variante 1a erfüllt die pädagogischen Notwendigkeiten im Bewusstsein einiger Nachteile.

Man muss die Frage stellen, ob der Ausgleich dieser Nachteile viel höhere Investitionen rechtfertigt oder ob nicht eine gute dezentrale Lösung gefunden wird.

Die Varianten 2-4 stellen eine hohe finanzielle Belastung dar und bedeuten mindestens den Umzug der Albert-Schweitzer-Schule.

Über den Bestand der Albert-Schweitzer-Schule soll heute nicht entschieden werden; er ist sicher.

Man braucht Spielraum, um auf tatsächliche Entwicklungen reagieren zu können und sollte nicht Tatsachen schaffen, ohne zu wissen, was passiert.

Das ist der große Vorteil der Bestandsvariante.

Herr Hütig spricht für die SPD:

Das Konzept der Verwaltung war unvollständig und enthielt Unstimmigkeiten in der Kostenkalkulation. Möglicherweise wurde die Sanierung des Altbaus billig gerechnet.

Daher stellt sich die Frage, ob der Kostenabstand zwischen der Bestandsvariante und der Variante 4 wirklich so groß ist.

Wenn dies nicht der Fall ist, kann es vielleicht doch eine zentrale Lösung geben.

Das ist der Punkt, an dem die Albert-Schweitzer-Schule betroffen ist. Der SPD ist der Erhalt der Schule an diesem Ort wichtig und daher möchte die Fraktion, dass die Schule in dieser Umgebung bleibt und wenn, dann in den Neubau der Realschule umzieht.

Ein wichtiger Aspekt ist, dass der Systemwechsel rapide stattfindet, auch wenn niemand weiß, was in 10-15 Jahren ist.

„Was ist, wenn wir in 15 Jahren nur noch eine Schule haben? Dann hätten wir nicht nur zwei, sondern sogar drei Gebäude.“

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport nimmt Kenntnis.

6. Verschiedenes

6.1. Mitteilungen der Verwaltung

Es erfolgen keine Mitteilungen der Verwaltung.

6.2. Anfragen an die Verwaltung

Auf die Nachfrage von Frau Hödl nach verbindlich durch die SchülerInnen anzuschaffenden, teuren Taschenrechnern erklärt Herr Dr. Kröger, dass man hierzu in Überlegungen sei, wie man damit umgehen wolle.

Barbara Köß
Vorsitzende

Michelle Zielke
Schriftführerin